

Spanien

ESTHER BARBÉ

Der Aachener Bürgermeister überreichte am 20. Mai 1993 Felipe González den Karlspreis und würdigte damit den Pragmatismus und Einsatz des spanischen Staatsmannes, den dieser auf dem Weg in ein gemeinsames Europa demonstriert hatte. Spanien war in der Tat in den vergangenen Jahren ein europapolitisch aktives Land. Es zeigte den Willen, eine Führungsposition zwischen den Mittelmeerländer einzunehmen und Bestrebungen, zu den Großen der Gemeinschaft zu gehören¹. Dies führte zu einem wachsenden Ansehen Spaniens in der Europäischen Union.

Spanien: ein Land in der Krise

Im Laufe des Jahres 1993 wurde Felipe González mit einer Flut negativer Wirtschaftsdaten konfrontiert. Hinzu kam der Verlust der absoluten Mehrheit bei den Parlamentswahlen am 6. Juni, ein Generalstreik sowie große Spannungen innerhalb der sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) im Vorlauf des Parteitag vom 18.–20. März.

Im April zeichnete der Jahresbericht der OECD² ein düsteres Bild der sich in einer Anpassungsphase befindenden spanischen Wirtschaft. Spanien wurde empfohlen, die Peseta im Europäischen Währungssystem (EWS) zu belassen, das Haushaltsdefizit zu reduzieren, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die Inflation zu verringern. Am Jahresende sah sich die spanische Regierung darüber hinaus mit zwei weiteren besorgniserregenden Entwicklungen konfrontiert: Zum einen stieg das Staatsdefizit merklich an und erreichte 6,1% des Bruttoinlandsproduktes — das Doppelte dessen, was für den Eintritt in die letzte Phase der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vorgesehen ist. Zum anderen ging die Beschäftigung weiter zurück. Spanien erreichte mit 18% die höchste Arbeitslosenquote in der Union. Diese Entwicklung wurde durch den Rückgang der Investitionen auf internationaler Ebene, der speziell den Automobilsektor in Mitleidenschaft gezogen hatte, noch verstärkt.

Im Mai schlug die spanische Regierung die Abwertung der Peseta um 8% vor. Seit Juni 1992 — das Datum des dänischen Nein — hat die spanische Währung damit in drei aufeinanderfolgenden Abwertungen 22% ihres Wertes verloren. Die weitere Abwertung wirkte sich psychologisch negativ auf Spanien aus. Drei Wochen, nachdem die PSOE bei den vorverlegten Parlamentswahlen die absolute Mehrheit verlor, zeichnete sich zum ersten Mal seit der Machtergreifung

der Sozialisten 1982 eine konservative Regierungsalternative ab: die PP mit José María Aznar an der Spitze. Die Gründe für die Vorverlegung der Wahlen sind jedenfalls darin zu sehen, daß man erkannte, daß die wirtschaftliche Lage im Oktober voraussichtlich noch schlechter sein würde, und zudem die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wegen der vielen Korruptionsskandale in den Reihen der Regierungspartei anwachsen würde. Die PP gewann die Wahl jedoch nicht. Der Sieg der Sozialisten — trotz des Verlustes der absoluten Mehrheit — ist dem Charisma Felipe González zu verdanken. Mitgewirkt haben sicherlich auch ganz maßgeblich ein Parteiprogramm, in dem der demokratische Willen, gegen das schlechte Image der Politiker zu kämpfen sowie die Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft betont werden. Jedoch zeigte sich die Bevölkerung bald enttäuscht von der neuen Regierung. So waren im Oktober, drei Monate nach den Wahlen, 49% der Bevölkerung der Ansicht, das Wahlergebnis der Sozialisten sei schlecht für Spanien. 62% waren der Meinung, die Regierung würde das angekündigte Programm nicht zu Ende führen. Insgesamt stuften 72% die wirtschaftliche Lage als schlecht oder sehr schlecht ein. Diese Situation führte dazu, daß gegen Ende 1993 mehr Wähler geneigt waren, der PP ihre Stimme zu geben (22,6%) als der PSOE (20,8%). Die Zahl der Nichtwähler sowie derjenigen, die sich nicht äußerten, lag mit 37% noch höher³. Die wirtschaftspolitischen Vorschläge der Regierung — Arbeitsmarktreform — kollidieren mit den Interessen der Gewerkschaften. Zusammen mit der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der neuen Regierung González war dies der Auslöser für einen Generalstreik am 17. Januar 1994.

Die politische und wirtschaftliche Krise der letzten Monate in Spanien sowie die auf Konsens angelegte Europapolitik ließen die Europawahlen 1994 zu einer "Gewalttour" werden, bei der nationale und nicht europäische Fragen die Entscheidung des Wählers beeinflussten⁴.

Die Haltung der spanischen Regierung gegenüber der Europäischen Union 1993 und Anfang 1994 wird demnach von einer nationalen Krise dominiert: schlechte wirtschaftliche Lage und schwindendes Vertrauen in die politischen Kräfte. Felipe González⁵ ist der einzige Trumpf, den die PSOE-Regierung noch vorweisen kann. Es war daher kaum damit zu rechnen, daß der Sozialistenführer aus der nationalen Politik ausscheidet, um die Präsidentschaft in der Europäischen Kommission zu übernehmen. In dieser Frage hatte Felipe González bereits bei verschiedenen Gelegenheiten seine persönliche Unterstützung für den holländischen Premierminister Ruud Lubbers, mit dem er die europäische Integration gemeinsam vorantreiben will, zum Ausdruck gebracht⁶.

Mehr Europa statt neuer Nationalismus

Unklare Verhältnisse entstanden 1993 durch die Probleme bei der Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Union. Dies veranlaßte Felipe González, sich den Slogan "mehr Europa" zu eigen zu machen. Diesen Slogan wiederholte er

unermüdlich bei allen öffentlichen Auftritten sowohl in Spanien als auch im Ausland. Er wollte damit dem Wiederaufleben nationalistischer Töne sowie den europäischen Zersplitterungstendenzen entgegengewirken. Die Vorstellungen der spanischen Regierung über ein gemeinsames Europa lassen den Schluß zu, daß nicht lediglich eine Fortführung der gemeinschaftlichen Strategie, sondern eine politische Philosophie dahinter steht. In diesem Sinn lassen sich González' Worte oder die seines Außenministers Javier Solana als Fortsetzung einer während des 20. Jahrhunderts immer wieder geäußerten Auffassung interpretieren, nach der Spanien das Problem und Europa dessen Lösung darstellt⁷. Entsprechend äußerte sich Solana: "Europa und dem EU-Vertrag wird meiner Ansicht nach ungerechtfertigterweise die Schuld an den momentanen Problemen unserer Gesellschaft zugewiesen, wo doch feststeht, daß Europa nicht das Problem, sondern die Lösung des Problems ist... Mit anderen Worten — wie der Präsident bereits sagte — heißt die Lösung damit nicht weniger, sondern mehr Europa"⁸.

Die philosophisch begründete Vorstellung, Europa sei die Lösung für die Probleme Spaniens, wird durch eine zweite, sehr viel pragmatischere ergänzt, die die spanischen Interessen mitberücksichtigt. Die Beteiligung Spaniens am europäischen Integrationsprozeß hat das Modell "Europäische Union" beeinflusst. In einer Rede vor dem Parlament hob Felipe González die historische Bedeutung für Spanien hervor, erstmalig den Prozeß der europäischen Integration mitzugestalten und ihm zugleich eine bestimmte Richtung zu geben: "Seit den Anfängen ist es das erste Mal, daß wir einen Vertrag mitgestalten... und innerhalb des Maastrichter Vertrages lassen sich die Spuren spanischer Interessen eindeutig verfolgen. Wir haben einige wichtige Diskussionen angeregt, um aus der Gemeinschaft in ihrer neuen Dimension als Union mehr als nur eine Freihandelszone oder einen Binnenmarkt zu machen, und wir bemühten uns, unsere Vorstellungen hinsichtlich des Kohäsionsgedankens, der Kohäsion in allen Bereichen der Gemeinschaftspolitik, klar zum Ausdruck zu bringen. Dies wirkte sich auf den europäischen Integrationsprozeß aus. Wir hatten die Position inne, die Spanien zusteht"⁹.

Diese Philosophie der spanischen Regierung wurde angesichts der vorgesehenen Erweiterung der Gemeinschaft auf 16 Mitgliedstaaten auf die Probe gestellt. Spanien ist der Ansicht, daß diese Erweiterung der Stärkung der Europäischen Union dienen müsse und keinesfalls Auflösungstendenzen unterstützen solle. Voraussetzung hierfür ist, daß die Beitrittsländer das Gesamtkonzept Europas vollständig akzeptieren¹⁰. Der europäische Gedanke in Spanien beinhaltet also zwei zentrale Ideen: die Verteidigung des europäischen Gesamtkonzeptes und, damit verbunden, die Bedeutung der Umverteilung im Rahmen der Unionspolitiken. Vor diesem Hintergrund ist die spanische Reaktion auf die von Norwegen gestellten Forderungen nach einer Sonderstellung zu sehen, die von Norwegen mit höher Effizienz bei Verwaltung und Kontrolle der Fischbestände begründet wurde. Die harte Linie Norwegens bei den Verhandlungen — der berühmte Satz der Wirtschaftsministerin Grete Knudsen: "nicht einen Fisch mehr" — legte

einen Konflikt zwischen Spanien (mit Unterstützung Portugals) und Norwegen offen. Spanien verteidigte die Konzeption des gemeinsamen Europas und gleichzeitig bestimmte wirtschaftliche Interessen (Fangquoten in norwegischen Gewässern). Dennoch ist die Haltung Norwegens in Zeiten, in denen über variable Geometrie oder *opting-out* diskutiert wird, nicht weiter verwunderlich. Die Lösung des Problems lag in norwegischen Zugeständnissen von Fangquoten an Spanien. Die spanische Haltung stieß bei den Verhandlungen mit Norwegen über Fischfangquoten auf große Widerstände. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß Spanien in anderen Bereichen der gemeinschaftlichen Umverteilungspolitik im Laufe des Jahres 1993 durchaus zufrieden war. Das war der Fall bei der Verteilung der finanziellen Mittel aus den Strukturfonds für den Zeitraum 1994–1999¹¹, die von der spanischen Regierung positiv bewertet wurde. Für den Zeitraum 1994–1999 erhält Spanien 6 Mrd. Pesetas. Die spanische Regierung gab bereits unter Bezugnahme auf die in Edinburgh in Aussicht gestellten Hilfen für die ärmsten Regionen zu verstehen, daß die Mittel, die dem Haushalt durch den Beitritt vier neuer (reicher) Länder hinzugefügt werden, dazu dienen sollten, finanzielle Engpässe in diesem Bereich auszugleichen. Dagegen liefen Länder wie Großbritannien, die Haushaltseinsparungen befürworteten¹², Sturm. So sieht die britische Regierung im Unterschied zur spanischen in dem Beitritt neuer Länder, die — sofort oder kurzfristig — zu Nettozahlern werden, eine Gelegenheit für Sparmaßnahmen und nicht für Umverteilungen.

Radikalisierung der spanischen Strategie

Aus den *Opting-out*-Klauseln, die Großbritannien in der Sozialpolitik gewährt wurden, der dänischen Sonderstellung in Sachen gemeinsamer Verteidigung, die das Ja zu einem zweiten Referendum in Dänemark erleichterte, sowie aus den Bedingungen, die das deutsche Bundesverfassungsgericht stellte, damit der Vertrag in der Bundesrepublik ratifiziert werden konnte, geht hervor, daß diese Staaten sich die Möglichkeit offenhalten wollten, die Währungsunion zu verlassen. Dies sowie die Erfahrungen mit dem Schengener Abkommen, an dem sich weder Dänemark, Irland noch Großbritannien beteiligen, stellen Europa vor die Tatsache, daß sich die Idee der variablen Geometrie immer mehr durchsetzt. Mittelfristig wird somit die Politik der Staaten gefördert, die wie Großbritannien von dem Wunsch beseelt sind, die Union für eine große Zahl weiterer Länder, Mittel- und Osteuropa inbegriffen, zu öffnen.

Diese Politik steht im Widerspruch zum spanischen Modell der europäischen Integration. Die spanische Regierung ist sich zwar der Unvermeidbarkeit der variablen Geometrie bewußt, zeigte jedoch immer den Willen, Teil des harten Kerns eines "Europa der zwei Geschwindigkeiten" zu sein. Der politische Willen trifft jedoch auf wirtschaftlichem Gebiet auf große Schwierigkeiten. So sprach Jacques Delors im Februar 1993 über die geringen Aussichten Spaniens, angesichts seiner wirtschaftlichen Ungleichgewichte dem "inneren Kreis" der Wirt-

schafts- und Währungsunion anzugehören¹³. Diese Äußerung rief in Spanien eine Diskussion hervor, bei der erstmals innerhalb der sozialistischen Elite kontrovers über ein Thema argumentiert wurde, das bisher als Tabu gegolten hatte: der Verbleib Spaniens im harten Kern der Union. Einerseits sei der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion unter den jetzigen Bedingungen nicht gangbar. Es müsse daher eine höhere Flexibilität hinsichtlich der Konvergenzbedingungen gezeigt werden. Andererseits werden dadurch die Schwierigkeiten Spaniens, mit dem Rhythmus eines geökonomisch immer "entfernteren" Europas Schritt zu halten, ganz offensichtlich.

Der Beginn der Beitrittsverhandlungen mit den vier EFTA-Ländern verdeutlichtete dieses Phänomen. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß Spanien dem Verhandlungsbeginn ohne vorherige Durchführung einer institutionellen Reform skeptisch gegenüberstand. Dennoch erreichte der von Deutschland noch beschleunigte Erweiterungsprozeß eine ungeahnte Eigendynamik wie seinerzeit die deutsche Wiedervereinigung. Spanien sieht hierin eine Beleidigung. Das ist verständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß aufeinanderfolgende spanische Regierungen insgesamt mehr als sechs Jahre benötigten, um die Beitrittsverhandlungen mit der Gemeinschaft in allen Bereichen abzuschließen. Die Intensität der Verhandlungen verhärtete die Fronten.

Innerhalb kurzer Zeit brachte Spanien zur Erweiterung eine Reihe von Vorschlägen und Meinungen vor und radikalisierte seine in den letzten Jahren verfolgte Strategie. Diese Strategie zielt auf einen stärkeren Ausgleich in der Union ab, und zwar auf zwei Ebenen: zwischen dem Norden und dem Süden sowie zwischen großen und kleinen Mitgliedstaaten. Die Erweiterung auf 16 Mitglieder wird zweifellos einen Bedeutungsverlust des Südens zur Folge haben.

Spanien trägt damit traditionelle Themen seiner in den letzten Jahren verfolgten Politik zu Konvergenzkriterien und Strukturfonds in die Erweiterungsverhandlungen hinein. So drängte das Land am 14. Februar im Ecofin-Rat auf einen Vorbehalt hinsichtlich der Teilnahme der vier Beitrittsländer an der Endphase der Wirtschafts- und Währungsunion mit der Begründung, daß diese die Konvergenzbedingungen verschärfen würden. Dennoch erregte dieser Vorschlag Anstoß bei der Kommission und dem größten Teil der anderen Mitgliedstaaten, die darin eine "Diskriminierung" der Beitrittsländer sahen. Gleichzeitig, als Gegengewicht zur spanischen Position, wurde darauf hingewiesen, daß im Grunde genommen "derzeit keines der Beitrittsländer die Konvergenzkriterien erfülle"¹⁴.

Die Strukturfonds bilden einen weiteren Bereich, in dem Spanien "negative Auswirkungen der Erweiterung auf 16" auf seine Interessen zu verhindern versucht. Selbst wenn à priori der Beitritt der vier Länder positiv gesehen wird, da diese ja Nettozahler wären, fürchtet Spanien um die regionalen Hilfen, die auch die Beitrittsländer in Anspruch nehmen wollen. Spanien ist also bestrebt, die Forderungen der bevölkerungsarmen skandinavischen Länder aus den bereits für den Zeitraum 1994–1999 verabschiedeten Haushaltsposten für Regionen mit einem Einkommen unterhalb 75% des Durchschnittseinkommens in der Gemein-

schaft herauszuhalten. Ein weiterer Streitpunkt bei den Verhandlungen zwischen Spanien und den Beitrittsländern war die Landwirtschaft. Hier wurden die spanischen Unterhändler mit der Forderung dieser Länder, Zölle auf Obst und Gemüse aufrechterhalten zu wollen, konfrontiert.

Themen wie Konvergenzkriterien, Strukturfonds und Agrarexporte beschäftigten alle Mittelmeerländer. Spanien gelang es jedoch nicht, eine Führungsrolle unter den Mittelmeerländern zu übernehmen. Die griechische Präsidentschaft machte Spanien sogar für das mögliche Scheitern der Beitrittsverhandlungen verantwortlich. Das heikelste Verhandlungsthema war jedoch die Diskussion um die Sperrminorität im Entscheidungsverfahren des Rates der Europäischen Union. Spanien machte, indem es ohne Umschweife mit einem Veto gegen die bevorstehende Erweiterung drohte, deutlich, daß es sich hierbei um ein Thema von höchster Sensibilität für die Mittelmeerländer handele. Erstaunlicherweise fand Spanien bei dieser Frage in Großbritannien einen unerwarteten Verbündeten — ungewöhnlich schon deswegen, weil Spanien und Großbritannien in europäischen Fragen traditionell gegensätzliche Ansichten vertreten.

23 oder 27 – ein historischer Kompromiß

Felipe González ist jedoch weder de Gaulle noch Thatcher. Am Willen Spaniens, den europäischen Einigungsprozeß voranzutreiben, gibt es keine Zweifel. Ein Scheitern der Erweiterungsverhandlungen würde die Union in eine Krise stürzen und die zentrifugalen Kräfte noch verstärken. Das mußten auch die spanischen Unterhändler vermeiden. Die spanische Haltung während des Verhandlungsprozesses basiert daher auf zwei Elementen: dem politischen Willen zu einer Erweiterung der Union und der historischen Notwendigkeit, einen die spanischen Forderungen berücksichtigenden Kompromiß zu erzielen. Gegen die Öffnung nach Norden war Spanien zu keiner Zeit, auch nicht gegen die weitere Integration durch das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Es hätte sogar als erstes Land der Europäischen Union den EWR-Vertrag ratifizieren können, wäre da nicht das Schweizer Referendum mit der Ablehnung des Vertrages gewesen. Die Verhandlungen mußten infolgedessen wieder aufgenommen werden. Im Laufe der Neuverhandlungen, zwischen Januar und April 1994, bemühte sich Spanien um die Neuverhandlung verschiedener Themen wie Landwirtschaft und Mittel für den Kohäsionsfonds. Damit wurde die spanische Politik neu formuliert; die Ratifizierung des EWR-Vertrages wurde an die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages geknüpft. Dies ist nicht weiter verwunderlich, wenn man berücksichtigt, daß Spanien vor dem Gipfel in Edinburgh im Dezember 1992 bei zahlreichen Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht hatte, daß die Erweiterungsverhandlungen erst beginnen könnten, wenn der Maastrichter Vertrag ratifiziert sei. Dennoch kooperierten die Spanier dann doch in der Frage der Angliederung der EFTA-Staaten an die Union¹⁵. Nach jeweils einem Besuch bei Helmut Kohl und Franz Vranitzky im April dementierte Felipe González, daß

die spanische Regierung die Unterzeichnung des EWR-Abkommens von der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages durch die Briten und Dänen abhängig machen würde. Diese Position widersprach den einige Tage zuvor gemachten Äußerungen hoher spanischer Regierungsbeamter¹⁶. Tatsache ist, daß Spaniens Regierung trotz der dadurch entstandenen Verwirrung die Ratifizierung des EWR-Abkommens im Parlament vorantrieb¹⁷. Spanien behinderte also den Annäherungsprozeß zwischen der Europäischen Union und der EFTA nicht. Andererseits zeigten sich Reibungspunkte zwischen Spanien und den skandinavischen Ländern, die insbesondere bei konkreten Themen wie den Fischfangquoten zu Tage traten¹⁸.

Die politischen Faktoren wirkten sich auf die spanische Haltung bei den Beitrittsverhandlungen aus, angefangen damit, daß Spanien gegen die Erweiterung ohne vorherige institutionelle Reform war. Die Befürchtung der spanischen Diplomaten angesichts eines erweiterten Europa auf 16 Mitgliedstaaten — "wir werden zu einem Land der dritten Kategorie" — ist Teil einer Sorge, die auch von anderen Ländern geteilt wird: das mangelnde Gewicht der Stimmen im Rat, wenn man bedenkt, daß jedes Land eine bestimmte Zahl von Stimmen zugewiesen bekommt, im Falle Spaniens acht. Würde das aktuelle Stimmenverhältnis nicht verändert werden, so führte dies nach Ansicht der spanischen Behörden dazu, daß ein Land wie Spanien, mit 39 Millionen Einwohnern, weniger Gewicht in der Union hätte als die vier Länder Nordeuropas, die zusammen 23 Millionen Einwohner und 13 Stimmen im Rat aufweisen.

Da die Erweiterung offenkundig vor der institutionellen Reform erfolgen wird, verließ die spanische Position hier den politischen Bereich — die Forderung, ein Land an erster oder dritter Stelle zu sein —, und wandte sich konkreten Interessen zu. Spanien drohte mit einem Veto, da es eine Sperrminorität von 23 Stimmen bei insgesamt 76 beibehalten wollte. Eine Sperrminorität, die sich logisch zwingend — quantitativ und historisch — ergibt, nämlich 27 Stimmen von 90 in einem Europa mit 16 Mitgliedstaaten, wurde abgelehnt. Bisher führten die Stimmen von zwei großen Mittelmeerstaaten wie Spanien und Italien und einem kleinen wie Griechenland oder Portugal zu einer automatischen Sperrminorität, der "Mittelmeersperre". Diese zwei großen Länder und ein kleines repräsentieren ungefähr ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Union, während 27 Stimmen in anderen Fällen nur einem Sechstel aller Einwohner entsprechen. Die Verteidigung der Sperrminorität, von Felipe González als "nationales Interesse" bezeichnet¹⁹, hatte also ihren Grund. Die spanische Regierung rechnet auch mit der Unterstützung durch alle politischen Kräfte des Landes. Eine Sperrminorität durch die Mittelmeerländer bei sensiblen Fragen muß daher im Rahmen der institutionellen Reform berücksichtigt werden. Beispielsweise mit einer weiteren Ausnahmeregelung in einer Union, in der die Ausnahme bereits die Regel ist. Oder, was das gleiche bedeutet, Spanien hat begonnen, das Spiel der variablen Geometrie mitzuspielen.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Spanischen von Birgit Hillenbrand, Universität Tübingen.

- 1 Vgl. Barbé, Esther: Spanien, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/91, S. 347–354; 1991/92, S. 361–368; 1992/93, S. 347–354.
- 2 OECD Economic Surveys 1992/93, Spanien, Paris, OECD, 1993.
- 3 "Los socialistas, en su hora más baja desde 1982", in: *El País* v. 19.12.1993.
- 4 Nach Eurobarometer 39 (1993) hat die Mehrheit der Spanier (45%) keine konkreten Vorstellungen vom Maastrichter Vertrag, 37% sind für und 17% sind gegen den Vertrag.
- 5 Trotz des Popularitätsverlusts bleibt Felipe González der beliebteste Politiker Spaniens. Im Dezember 1993 erhielt er 4,6 von 10 Punkten, das schlechteste Ergebnis seit 1992, vgl. "Los socialistas, en su hora más baja desde 1982", a. a. O.
- 6 "González apoya a Ruud Lubbers como presidente de la Comisión Europea", in: *La Vanguardia* v. 11.2.1994.
- 7 Vgl. die von 1920 datierenden Vorstellungen von Ortega y Gasset, José in "Obras completas", Bd. 1, Madrid, Revista de Occidente, 1966, S. 521.
- 8 Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados (Comisión de Asuntos Exteriores) 20 v. 22.9.1993, S. 521.
- 9 Diario des Sesiones del Congreso de los Diputados (Pleno) 24 v. 3.11.1993, S. 891.
- 10 Diario de Sesiones 20, a. a. O., S. 145.
- 11 Zahlen über die Verteilung der Mittel in: Agence Europe 6091 v. 22.10.1994.
- 12 Vgl. Agence Europe 6174 v. 19.2.1994.
- 13 "Solchaga descalifica a Delors como juez de la economía española", in: *El País* v. 13.2.1993.
- 14 Agence Europe 6171 v. 16.2.1994, S. 12; sowie 6170 v. 14./15.2.1994.
- 15 Vgl. die Parlamentsrede von Westendorp, Carlos, in: Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados (Comisión de Asuntos Exteriores) 19 v. 21.9.1993.
- 16 "Apoyo presidencial a la ampliación de la CE", in: *El País* v. 23.4.1993.
- 17 Ebd.
- 18 Barbé, Esther/Grasa, R.: *La Comunitat Europea i la Nova Europa*, Barcelona, Bofill, 1992, S. 91.
- 19 Diario de Sesiones 38, a. a. O., S. 1750.

Weiterführende Literatur

- Almarcha Barbado, A. (Hrsg.): *Spain and EC Membership Evaluated*, London, Pinter Publishers, 1993.
- Barbé, Esther: *Spanish Responses to the Security Institutions of the New Europe*, in: Williams, A. J. (Hrsg.): *Reorganizing Eastern Europe*, Dartmouth, Aldershot, 1994, S. 57–72.
- Gil Ibáñez, A.: *Spain*, in: Laursen, F./Vanhoonacker, S.: *The Intergovernmental Conference on Political Union. Institutional Reforms, New Policies and International Identity of the European Community*, Maastricht, European Institute of Public Administration/Martinus Nijhoff Publishers, 1992, S. 99–114.
- Larribau, J. F.: *La politique économique, contraintes et perspectives de l'integration européenne*, in: Moderne, F./Bon, P. (Hrsg.): *L'Espagne aujourd'hui. Dix années de gouvernement socialiste*, Paris, La Documentation Française, 1993, S. 117–138.
- Solana Madariaga, Javier: *España-Europa*, Sistema 114/115 (1993), S. 13–23.